

PRESSEMITTEILUNG 05/26

Schwerin, 16.06.2026

54. Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Kommunale Handlungsfähigkeit garantieren und sichern

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert angesichts der dramatischen Finanzlage der Städte und Gemeinden wirksame Unterstützung von Bund und Ländern. Bei seiner Sitzung in Schwerin unterstrich der Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen akut bedroht ist. „Die Finanzlage der Städte und Gemeinden hat sich dramatisch zugespitzt. In den vergangenen beiden Jahren mussten die Kommunen in Deutschland in Summe ein strukturelles Finanzierungsdefizit von 55 Milliarden Euro verkraften. Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist akut bedroht“, erklärten der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, und der Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger. Bund und Länder müssen zeitnah ihrer Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung gerecht werden.

Die Ursachen liegen insbesondere in einer anhaltend hohen Ausgaben-
dynamik, auf die die Kommunen selbst kaum Einfluss haben. „Wenn
diese Entwicklung ungehemmt fortgesetzt wird, drohen weitere Ein-
schnitte bei Investitionen, Infrastruktur und freiwilligen Leistungen vor
Ort. Das schwächt nicht nur die kommunale Ebene, sondern gefährdet
das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates insgesamt“, so
Spiegler und **Berghegger**.

Die bislang vorgesehenen Maßnahmen, wie sie zum Teil im Koalitions-
vertrag angekündigt wurden, reichen sowohl mittelfristig als auch per-
spektivisch jedenfalls nicht aus: „Als Deutscher Städte- und Gemein-
debund fordern wir unter anderem eine grundlegende Neuordnung der
Finanzierung sozialer Leistungen, um die Überlastung der Kommunen

**Deutscher Städte-
und Gemeindebund**

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253

E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de
Homepage: www.dstgb.de

ViSdP

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer

Alexander Handschuh
Pressesprecher

zu beenden. Künftig sollen Bund, Länder und Kommunen die Kosten jeweils zu gleichen Teilen tragen und damit gemeinsam Verantwortung übernehmen.“

Im Rahmen des Präsidiums verabschiedeten die Mitglieder die „**Schweriner Erklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**“ unter der Überschrift „**Bund und Länder stehen in der Verantwortung: Kommunale Handlungsfähigkeit jetzt garantieren und nachhaltig sichern!**“. „Wir wollen heute das eindeutige Signal senden, dass die Belastungsgrenze der Städte und Gemeinden endgültig erreicht ist. Ein sofortiges Handeln von Bund und Ländern ist zwingend. Wir müssen verhindern, dass die Finanzkrise in eine Vertrauenskrise mündet“, unterstrichen **Spiegler** und **Berghegger**. „Kommunale Selbstverwaltung braucht Spielräume und Vertrauen, aber nicht ständig neue Vorgaben und Aufgaben.“

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die Initiativen von Bund und Ländern zur Staatsmodernisierung, mahnt jedoch zugleich deutlich weitergehende Schritte an. „Die Zielsetzung, den Staat leistungsfähiger, schneller und digitaler zu gestalten, ist ausdrücklich zu unterstützen“, erklärten **Spiegler** und **Berghegger**. Entscheidend sei jedoch, dass diese Vorhaben zu einer spürbaren Entlastung der Kommunen führen.

Von zentraler Bedeutung ist zudem eine frühzeitige und umfassende Einbindung der Kommunen in alle Modernisierungsvorhaben. „Staatsmodernisierung kann nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden gelingen. Viele Maßnahmen werden vor Ort umgesetzt – deshalb muss die kommunale Praxis von Anfang an einbezogen werden“, so **Spiegler** und **Berghegger**.

Die Mitglieder des Hauptausschusses appellierten an Bund und Länder, die finanzielle und strukturelle Stärkung der Kommunen zur Priorität ihres eigenen Regierungshandelns zu machen und sich an den Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag zu halten. „Die Städte und Gemeinden sind das Fundament unseres Staates. Wenn ihre finanzielle Handlungsfähigkeit nicht gesichert ist, geraten Investitionen, Infrastruktur und gesellschaftlicher Zusammenhalt gleichermaßen in Gefahr. Für einen nachhaltigen Erfolg aller Reformbemühungen, müssen Staatsmodernisierung und solide Kommunalfinanzen Hand in Hand gehen – denn Kommunen am Limit können die notwendigen Reformen nicht umsetzen“, so **Spiegler** und **Berghegger** abschließend.